

Gegen neue Steuern – Nein zur schädlichen Kapitalgewinnsteuer



*Von Gerold Bührer
Nationalrat und FDP-Parteipräsident*

Am 2. Dezember 2001 werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer zu entscheiden haben. Die FDP ist gegen die Einführung neuer Steuern und lehnt die Initiative des Gewerkschaftsbundes ab, weil sie quer zum Schweizer Steuersystem steht, zu noch mehr Steuerbürokratie führt und den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächt.

Die 1999 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereichte Volksinitiative zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer verlangt die Besteuerung der Kapitalgewinne auf beweglichem Privatvermögen. Kapitalverluste können dagegen nur beschränkt abgezogen werden.

Die FDP ist gegen die Einführung der Kapitalgewinnsteuer. Diese Steuer ist überflüssig, kompliziert sowie wenig ergiebig und wurde deshalb von sämtlichen Kantonen abgeschafft. Im weiteren würde der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt. Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 18. August in Herisau (AR) hat die FDP deshalb einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament lehnen das Volksbegehren ohne Gegenvorschlag ab. Und auch die Wirtschaftsverbände sprechen sich gegen die Volksinitiative aus.

Schmerzgrenze erreicht – Nein zu neuen Steuern

In den vergangenen zehn Jahren ist die Fiskalquote in der Schweiz um mehr als 4% auf 35% gestiegen. Die spürbare Zunahme der Belastung mit Steuern und Sozialabgaben schreckt umso mehr, wenn man sich vor Augen führt, dass zur selben Zeit in massgebenden Ländern bedeutende Steuersenkungsprogramme in die Wege geleitet worden sind.

Besonders betroffen von der erhöhten Steuer- und Abgabenlast wäre einmal mehr der Mittelstand. Kleinanleger, die Wertschriften veräussern, um beispielsweise eine geplante Anschaffung zu tätigen oder die Ausbildungskosten der Kinder zu bezahlen, hätten einen bedeutenden Teil des Erlöses dem Fiskus zu überweisen.

Die Einführung neuer Steuern steht quer in der Landschaft. Nach der Sanierung der Bundesfinanzen ist es endlich an der Zeit, die Steuer- und Abgabenbelastung zu reduzieren. Das Parlament hat die Zeichen der Zeit er-

kannt und ein umfangreiches Steuerpaket mit Entlastungen für Familien, Hauseigentümer, Unternehmen und den Finanzplatz geschnürt. Auf diese Weise sollen positive Impulse auf das langfristige Wachstum und die Eigenvorsorge ausgelöst werden.

Wachstumsfeindlich

Die Initiative erhöht die Steuerlast jedes einzelnen. Der Anreiz, Aktien und Beteiligungspapiere zu erwerben bzw. zu veräussern, wird vermindert. Der international hochmobile Produktionsfaktor Kapital wird dadurch tendenziell verteuert. Die neue Steuer belastet somit die Wirtschaft. Sie wird von der Verknappung und Verteuerung von Eigen- und Risikokapital unmittelbar betroffen.

Eine Kapitalgewinnsteuer würde auch dazu führen, dass Kapitalgewinne weniger häufig bzw. stärker unter steuerlichen Gesichtspunkten realisiert würden. Es würde dadurch zwangsläufig weniger in neue, produktivere Unternehmen investiert. Die immer wieder zu Recht gepriesene Risikobereitschaft würde belastet statt gefördert. Dies hemmt logischerweise den Erneuerungsprozess der Wirtschaft und reduziert automatisch das Wachstumspotential. Damit wird die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze tangiert. Die Steuerbasis von morgen wird erodiert, der Standort Schweiz geschwächt.

Kollision mit existierenden Steuern

Zwar kennen, im Gegensatz zur Schweiz, die meisten europäischen Länder – mit Ausnahme Griechenlands – eine Kapitalgewinnsteuer.

No to a Harmful Capital-Gains Tax

On December 2, 2001, Switzerland's voters will decide whether or not to introduce a capital-gains tax. Gerold Bühler, president of the FDP, and his party are fighting against this new tax because it would create even more bureaucracy and weaken Switzerland's economy.

A capital-gains tax is superfluous and complicated and does not yield enough to be efficient. The Federal Council estimates that gross revenues would add up to no more than 400 million francs annually – and this in good market times! And this would not even take into account the high administration and implementation costs. Not least because of its inefficiency, every Swiss canton has abolished this tax long ago.

Introducing new taxes could not come at a worse time. After finally putting federal finances on a more solid footing, the time has come to reduce taxes and duties. Lowering instead of increasing the tax

burden on families, homeowners, businesses and the financial center would positively impact long-term growth. A capital-gains tax would have the opposite effect. Increasing the tax burden for every individual would diminish the incentive to invest in equities. This in turn would raise capital costs for own and risk capital and strain the economy.

Most European countries except Greece have a capital-gains tax; on the other hand, most of them don't have a wealth tax like Switzerland. Overall the wealth taxes levied by Swiss cantons generate substantially more tax revenue than the capital-gains tax in these countries and the United States. Also many countries only tax short-term capital gains.

There is a principle in public finances that says that new taxes lead to new expenditures. Instead of introducing new taxes, we should therefore rather keep improving the federal budget and pursue a more responsible and sustainable fiscal policy.

Aber vielfach erheben diese Länder zusätzlich zur Kapitalgewinnsteuer keine Vermögenssteuer! Im Vergleich zum Ausland tragen unsere kantonalen Vermögenssteuern bereits viel mehr zu den gesamten Steuereinnahmen bei als die unterschiedlichsten Kapitalgewinnsteuern in Europa oder in den USA. Darüber hinaus werden in zahlreichen Ländern nur die kurzfristigen Kapitalgewinne besteuert.

Aufwendig und unergiebig

Die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer würde einen enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Jeder und jede Steuerpflichtige hätte fak-

tisch über Jahrzehnte eine umfangreiche und komplizierte Buchhaltung zu führen. Völlig überfordert würde der Steuerzahler, wenn er von Bezugsrechten Gebrauch macht oder Gratisaktien erhält oder wenn Aktien beispielsweise gesplittet werden.

Die relativ beschränkte Ertragskraft einer solchen Steuer kann diesen Aufwand keinesfalls rechtfertigen. Der Bundesrat etwa schätzt die reinen Einnahmen einer Kapitalgewinnsteuer aufgrund von Vergleichen mit dem Ausland und den Erfahrungen der Kantone in guten Börsenzeiten auf rund 400 Millionen Franken. Dabei noch nicht berücksichtigt sind die

hohen Erhebungskosten der administrativ aufwendigen Steuer. Nicht zuletzt wegen diesen Schwierigkeiten sowie des geringen Ertrags haben alle Kantone in den vergangenen Jahren die Kapitalgewinnsteuer abgeschafft. Wieso soll auf eidgenössischer Ebene eingeführt werden, was sich auf kantonalen Ebene nicht bewährt hat?

Schuldenbremse statt neue Steuern

Grundsätzlich gilt: Neue Steuern führen zu neuen Ausgaben. In den letzten Jahren haben Steuerlast und Steuereinnahmen in unserem Land erheblich zugenommen. Es ist deshalb gerade in Zeiten, wo es dem Bundeshaushalt besser geht, falsch, neue Steuern einzuführen. Viel wichtiger ist es, die Ausgabendisziplin zu wahren und die Voraussetzungen für eine langfristige Gesundung der Bundesfinanzen zu schaffen. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik setzt sich die FDP deshalb für die Einführung der Schuldenbremse ein. Die schädliche Kapitalgewinnsteuer aber muss am 2. Dezember 2001 an der Urne abgelehnt werden.

«Wir haben Steuern genug: Während frühere Generationen noch unter dem Zehnten litten, tragen wir heute schon Steuerbelastungen von 50% und mehr.»

Dr. Georg F. Krayer, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung